



## **Integrationsausschuss**

### **20. Sitzung (öffentlich)**

31. Oktober 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:05 Uhr

Vorsitz: Margret Voßeler-Deppe (CDU)

Protokoll: Steffen Exner

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

	<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>7</b>
<b>1</b>	<b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)</b>	<b>8</b>
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/3300	
	Vorlage 17/1038 (Erläuterungsband zu Einzelplan 07)	
	Vorlage 17/1176 (Einführungsbericht des Ministers Dr. Joachim Stamp)	
	Vorlage 17/1235 (Berichterstattergespräch zu Einzelplan 07)	
	Vorlage 17/1283 (Bericht zur Beantwortung von Fragen der Fraktionen)	
	– Beratungen zu Einzelplan 07 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses	

**2 Förderlücke schließen: Ausbildung und Studium für Asylsuchende in andauernden Asylverfahren ermöglichen 11**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/2145  
Ausschussprotokoll 17/312  
Vorlage 17/1201

– abschließende Beratung und Abstimmung

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 17/2145 – wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und bei Enthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

**3 Konsultation der Monitoring-Stelle der UN-BRK in NRW zur Weiterentwicklung der Inklusion unmittelbar in der parlamentarischen Arbeit nutzen 13**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/2388  
Ausschussprotokoll 17/350

– Verfahrensberatung

Der Ausschuss kommt überein, kein Votum zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drucksache 17/2388 – abzugeben und die Befassung mit dem Antrag somit abzuschließen.

**4 Die Landesregierung muss die Integration von geflüchteten Menschen in den Arbeitsmarkt vorantreiben! 14**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/3011

– Verfahrensberatung

Der Ausschuss kommt überein, sich mit dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales über eine Sachverständigenanhörung zu verständigen. In dieser Anhörung sollen sowohl der Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 17/3011 – als auch der im AGS zu beratende Antrag der Fraktionen von CDU und FDP mit dem Titel „Sie sind in Nordrhein-Westfalen willkommen! – Berufsanerkennungsverfahren verbessern und im Sinne der antragstellenden Menschen weiterentwickeln“ – Drucksache 17/3805 – behandelt werden.

- 5 Studienerfolg einer vielfältigen Studierendenschaft sichern 15**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/3583
- Verfahrensberatung
- Der Ausschuss kommt überein, sich **nachrichtlich** an einer im federführenden Wissenschaftsausschuss beantragten Sachverständigenanhörung zum Antrag zu beteiligen.
- 6 Prävention und Repression – Für eine stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen 16**
- Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 17/2750
- Verfahrensberatung
- Der Ausschuss kommt überein, die Befassung mit dem Antrag zu verschieben und die Beantragung einer Anhörung im federführenden Innenausschuss abzuwarten. Gegen den Vorschlag von **Berivan Aymaz (GRÜNE)**, sich **pflichtig** an dieser Anhörung zu beteiligen, erhebt sich kein Widerspruch.
- 7 Für eine menschenwürdige und integrative Unterbringung: Kommunen stärken – keine Kasernierung von Geflüchteten 17**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 17/3793
- Verfahrensberatung
- Der Ausschuss kommt auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überein, eine Sachverständigenanhörung zum Antrag – Drucksache 17/3793 – durchzuführen.

- 8 Gesetz zur Stärkung religiöser und weltanschaulicher Neutralität der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen** **20**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3774
- Verfahrensberatung
- Der Ausschuss kommt überein, sich **nachrichtlich** an einer im federführenden Rechtsausschuss durchzuführenden Sachverständigenanhörung zu beteiligen.
- 9 Jede 2. Abschiebung scheitert. Was unternimmt die Landesregierung dagegen? (siehe Anlage 1)** **21**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1120
- 10 Die Bundesregierung fördert DITIB nicht mehr. Wann zieht NRW nach? (siehe Anlage 2)** **22**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1121
- Keine Diskussion.
- 11 Interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes (siehe Anlage 3)** **23**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1122
- 12 Erlass zur „Steuerung des Asylsystems in Nordrhein-Westfalen ab 2018“ (siehe Anlage 4)** **29**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1123
- Keine Diskussion.
- 13 Vorstellung der 6. Kommentierten Zuwanderungs- und Integrationsstatistik (siehe Anlage 5)** **30**
- Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/907

Integrationsausschuss  
20. Sitzung (öffentlich)

31.10.2018  
exn

**14 Quartalsbericht „Staatliches Asylsystem“ 32**

Bericht der Landesregierung  
Vorlage 17/1077

**15 Verschiedenes 34**

\* \* \*



**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2019 (Haushaltsgesetz 2019)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/3300

Vorlage 17/1038 (Erläuterungsband zu Einzelplan 07)

Vorlage 17/1176 (Einführungsbericht des Ministers Dr. Joachim Stamp)

Vorlage 17/1235 (Berichterstattergespräch zu Einzelplan 07)

Vorlage 17/1283 (Bericht zur Beantwortung von Fragen der Fraktionen)

– Beratungen zu Einzelplan 07 im Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

*(Der Gesetzentwurf wurde am 19. September 2018 zur Federführung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an die zuständigen Fachausschüsse überwiesen – mit der Maßgabe, dass die Beantragung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung des Unterausschusses Personal erfolgt.)*

**Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI) führt aus:**

Das Kabinett hat gestern eine Ergänzungsvorlage beschlossen, und zwar im Sinne der Anmeldungen unseres Hauses. Die gute Nachricht vorweg: Die Integrationsmittel des Bundes in Höhe von 432,8 Millionen Euro sind in meinem Haushalt veranschlagt und stehen somit ungeschmälert für integrations- und flüchtlingsbedingte Herausforderungen in 2019 zur Verfügung.

Auch in 2019 werden die Kommunen aus der Integrationspauschale des Bundes 100 Millionen Euro für Integrationsmaßnahmen erhalten. Die übrigen Mittel aus der Integrationspauschale des Bundes in Höhe von 332,8 Millionen Euro werden bei der Haushaltsstelle Kapitel 07 090, Titel 633 20 veranschlagt – das sind die Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Flüchtlingsmaßnahmen.

Aus diesem Ansatz werden wir Mehrbedarfe decken können, die unter anderem im Zusammenhang mit der FlüAG-Istkostenerhebung oder der Umsetzung des Stufenplans „Asyl“ stehen. Die Mittel werden die Kommunen somit zusätzlich zu den zuvor genannten 100 Millionen Euro für kommunale Integrationsmaßnahmen sowohl unmittelbar als auch mittelbar entlasten.

Um die Förderung der Kommunalen Integrationszentren bis zum Ende der Legislaturperiode auch für diejenigen Zentren sicherzustellen, die noch nicht in Volllast ihre Arbeit aufgenommen haben, werden wir zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 1,5 Millionen Euro ausweisen.

Wir tragen außerdem dem Umstand Rechnung, dass es bei dem Investitionsvorhaben „Dom Polski“ in 2018 trägerseitig Verzögerungen gibt und veranschlagen die Mittel in Höhe von 116.000 Euro in 2019 erneut.

Für den Abschluss langfristiger Verträge für die Sicherheit und die Betreuung in Landesaufnahmeeinrichtungen stellen wir zusätzlich rund 12 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigungen bereit.

Ich bin der Meinung, das sind gute Neuigkeiten, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte.

**Eva Lux (SPD)** nimmt Bezug auf den Bericht der Landesregierung zur Beantwortung der schriftlich eingereichten Fragen zu Einzelplan 07. Auf Frage 3 der SPD zu Kapitel 07 080, Titel 547 12 gebe die Landesregierung an, 800.000 Euro für Crossmedia-Kampagnen in den Bereichen „Einbürgerung“, „Werbung für den öffentlichen Dienst“, „Integrationsvorbilder“ und „Wertevermittlung“ einzuplanen.

Die Abgeordnete fragt, wann dem Ausschuss ein Konzept zu diesen Kampagnen vorgestellt werden solle. 800.000 Euro reichten überdies nicht einmal dafür aus, NRW-weit und flächendeckend eine Kleinanzeige zu schalten.

**Ibrahim Yetim (SPD)** merkt an, öffentlich werde viel über Sprachkurse diskutiert, nun würden aber in Einzelplan 11 des Haushalts statt wie bisher 4 Millionen Euro nur noch 2 Millionen Euro für Basissprachkurse veranschlagt. Zwar werde im Integrationsausschuss dieser Einzelplan nicht behandelt, vielleicht könne der Minister aber Auskunft zu diesem Haushaltsansatz geben.

**Gabriele Walger-Demolsky (AfD)** erbittet erstens für die Jahre 2018 und 2019 eine Liste der unter Kapitel 07 080, Titel 684 68 bezuschussten Migrantenselbstorganisationen.

Zweitens bittet sie um eine Aufschlüsselung der unter Kapitel 07 080, Titel 686 68 – Maßnahmen gegen Rassismus – geförderten Projekte inklusive der Förderhöhen.

Eine dritte Auflistung erbittet sie hinsichtlich der unter Kapitel 07 090, Titel 684 41 geförderten Träger der Sozialen Beratung für das Haushaltsjahr 2018.

Laut Bericht der Landesregierung – Vorlage 17/1283 – sehe Kapitel 07 080, Titel 686 68 400.000 Euro für Workshops und Qualifizierungsformate zur Prävention von Salafismus vor. Das irritiere sie, da üblicherweise die mit dem Salafismus zusammenhängenden Maßnahmen beim Ministerium des Innern veranschlagt würden. Zudem falle der Betrag von 400.000 Euro äußerst gering aus, da die Anzahl der Salafisten nach wie vor zunehme.

**Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI)** gibt mit Bezug auf den von Eva Lux erfragten Zeitplan für die angedachten Crossmedia-Kampagnen an, Anfang Dezember solle mit der Kampagne zu Integrationsvorbildern gestartet werden, woran sich eine Wertekampagne anschließe.

**Eva Lux (SPD)** wirft ein, laut Bericht solle eine Agentur die Kampagne zur Wertevermittlung gemeinsam mit dem Ministerium entwickeln. Sie möchte wissen, ob das daraus resultierende Konzept dem Ausschuss vorgestellt werde.



**Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI)** gibt zu bedenken, nicht nur der Ausschuss, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger sowie die Einwanderinnen und Einwanderer sollten begeistert werden. Üblicherweise werde die Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums nicht zuvor im Ausschuss diskutiert.

**StS'in Serap Güler (MKFFI)** erläutert, für die im Dezember startende Kampagne würden noch Mittel aus dem Haushalt 2018 verwendet. Sie solle dann über die gesamte Legislaturperiode hinweg laufen.

Zum Kampagnenstart im Ministerium gingen den Ausschussmitgliedern noch Einladungen zu. Sich im Anschluss daran ergebende Fragen könnten gerne im Ausschuss gestellt werden.

**MR Wolfram Kullmann (MKFFI)** verweist hinsichtlich der für Basissprachkurse veranschlagten Mittel darauf, dass das MKFFI zu Einzelplan 11 nicht sprechfähig sei; die Budgethoheit liege beim jeweils zuständigen Ressort.

Die von Gabriele Walger-Demolsky erbetenen Übersichten zu Migrantenselbstorganisationen und zu Maßnahmen gegen Rassismus sagt er zu.

**Ibrahim Yetim (SPD)** betont, Sprachkursen komme eine sehr hohe Bedeutung zu; daran zu kürzen halte er für fatal. Er regt an, der Minister möge in dieser Sache mit seinem für den Einzelplan 11 zuständigen Kollegen, Minister Karl-Josef Laumann, sprechen.

**Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI)** erklärt, er könne die Zusage erteilen, dass 2019 mehr im Bereich der Sprachförderung getan werde als zuvor.

**LMR Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani (MKFFI)** erläutert, die Federführung der interministeriellen Arbeitsgruppe „Salafismusprävention“ teilten sich das Innenministerium und das MKFFI. Sie liege damit sowohl beim Verfassungsschutz als auch bei der Abteilung „Integration“ des MKFFI.

Die in Einzelplan 07 aufgeführten 400.000 Euro entfielen auf Einzelprojekte und einzelne Veranstaltungen, der weitaus größere Teil der Haushaltsmittel entfalle auf das Ministerium des Innern. Auch andere Ministerien verfügten mittlerweile über einzelne Posten zu dem Thema.

**Minister Dr. Joachim Stamp (MKFFI)** ergänzt, es bestehe ein Konsens zwischen den Fraktionen, dass nicht nur repressiv, sondern auch präventiv viel zum Thema „Salafismus“ getan werden müsse. Dazu arbeiteten die Ministerien in einer interministeriellen Arbeitsgruppe zusammen, und deshalb unterstützten auch unterschiedliche Ministerien einzelne Projekte.

